

EU-JAHRESVORSCHAU 2013

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

FEBRUAR 2013

Inhaltsverzeichnis

LEGISLATIV- UND ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION ...	3
ARBEITSPROGRAMM DES ECOFIN-RATES	4
1.1. Überblick	4
1.2. Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise	5
1.2.1. Aktuelles Krisenmanagement	5
1.2.2. Weiterentwicklung der WWU	6
1.2.3. Umsetzung des Europäischen Semesters.....	8
1.3. EU-Außenvertretung	10
1.4. Verbesserung der Finanzmarktregulierung und –aufsicht.....	11
1.4.1. Eigenkapitalvorschriften für Banken (CRD IV, CRR)	11
1.4.2. Einheitlicher Aufsichtsmechanismus.....	11
1.4.3. EU-Rahmen für eine Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten.....	12
1.4.4. Richtlinie über Einlagensicherungssysteme.....	12
1.4.5. Richtlinie/ Verordnung über Märkte für Finanzdienstleistungen (MiFID/ MiFIR)	13
1.4.6. Richtlinie/ Verordnung über Insider-Geschäfte und Marktmanipulationen (MAD/MAR)13	
1.4.7. Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge	14
1.5. Zusammenarbeit in Steuerfragen.....	14
1.5.1. Verstärkte Zusammenarbeit zur Einführung der Finanztransaktionssteuer	14
1.5.2. Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage.....	15
1.5.3. Änderung der ZinsenRL und Anwendung durch Drittstaaten.....	15
1.5.4. Änderung der Energiebesteuerungsrichtlinie	16
1.5.5. Einführung eines Schnellreaktionsmechanismus gegen MwSt-Betrug	16
1.5.6. Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -betrug.....	17
1.6. Mehrjähriger Finanzrahmen (2014-2020).....	17
1.7. (Geplante) Ecofin-Räte 2013.....	18

LEGISLATIV- UND ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

In ihrem im November 2012 vorgelegten Arbeitsprogramm nennt die EK insbesondere die **Bewältigung der Wirtschaftskrise sowie die Wiederherstellung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum** als vorrangige Prioritäten.

Im Mittelpunkt soll dabei die weitere **Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion** - mit einer funktionsfähigen Banken- und Fiskalunion - stehen. Die EK ist diesbezüglich bestrebt, ein Follow-up zu ihrem im November 2012 vorgelegtem Blueprint, welcher ein Konzept für eine „echte“ Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) enthält, durchzuführen. Außerdem möchte sie dazu beitragen, dass die neuen Regeln der **wirtschaftspolitischen Steuerung** (Europäisches Semester, Sixpack, Fiskalpakt) konsequent umgesetzt und die Verhandlungen zum Twopack rasch abgeschlossen werden.

Im Hinblick auf das Ziel einer **integrierten Finanzdienstleistungspolitik** plant die EK weitere Legislativvorschläge, um die Stabilität, Transparenz und den Konsumentenschutz im Finanzsektor weiter zu stärken. Beispielhaft nennt sie in diesem Zusammenhang Maßnahmen zur Verringerung von Systemrisiken im Nichtbanken- und Schattenbanksektor; außerdem soll im Laufe des Jahres 2013 ein Vorschlag für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus für die am einheitlichen Aufsichtsmechanismus teilnehmenden Mitgliedstaaten vorgelegt werden.

Im **steuerlichen Bereich** will die EK ihren Fokus auf den Kampf gegen Steuerbetrug und -hinterziehung legen, und dabei insbesondere auch Initiativen gegen Steueroasen setzen.

Zur **Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit** hat die EK mit der Binnenmarktakte II bereits 12 konkrete Vorschläge zur Vertiefung des Binnenmarktes vorgelegt. Durch die Einführung einer standardisierten MwSt-Erklärung sowie einer elektronischen Rechnung für das öffentliche Auftragswesen und einem verbesserten Zugang von KMU zur langfristigen Finanzierung sollen derzeit geltende Regeln vereinheitlicht und Kosten reduziert werden.

Um die EU auf internationaler Ebene weiter zu stärken, möchte die EK schließlich dazu beitragen, dass die verschiedenen Politikfelder und Instrumente noch besser aufeinander abge-

stimmt werden und die EU bei wichtigen internationalen Fragen „mit einer Stimme“ spricht. Mit wichtigen Wirtschaftspartnern sollen umfassende Handels- und Investitionsabkommen ausgearbeitet werden; die EU-Nachbarschaftspolitik soll weiterhin einen auf Anreizen beruhenden Ansatz verfolgen, wonach finanzielle Unterstützungen konsequent mit politischen und wirtschaftlichen Fortschritten verknüpft werden.

ARBEITSPROGRAMM DES ECOFIN-RATES

1.1. Überblick

Auch die irische Präsidentschaft stellt die Bewältigung der Wirtschaftskrise sowie die Implementierung von Maßnahmen zur Förderung von Stabilität und Wachstum in den Vordergrund ihres Programms. Im Hinblick auf die **Weiterentwicklung der WWU** will der irische Vorsitz vor allem die für die Schaffung einer Bankenunion wesentlichen Elemente, darunter Bankenaufsicht, Eigenmittelanforderungen (CRD IV/CRR), Einlagensicherung sowie Bankensanierung und -abwicklung prioritär behandeln.

Im **wirtschaftspolitischen Bereich** sollen die Trilog-Verhandlungen zu den beiden VO-Vorschlägen zur Überwachung von Mitgliedstaaten mit gravierenden Stabilitätsproblemen sowie zur Überwachung und Bewertung der gesamtstaatlichen Haushaltspläne (Twopack) abgeschlossen werden. Ein weiterer Fokus der Präsidentschaft liegt auf einer effektiven Durchführung des dritten Europäischen Semesters, inklusive des im Rahmen des Sixpack neu eingeführten Verfahrens wegen makroökonomischer Ungleichgewichte.

In Bezug auf die **Reform der Finanzmarktregulierung** und -aufsicht haben - neben den oben genannten Vorschlägen zur Errichtung einer Bankenunion - die Einigung zur RL über Märkte für Finanzinstrumente (MIFID/MIFIR) und im Bereich Konsumenten/innenschutz die RL über Hypothekarkreditverträge Vorrang.

Im **Steuerbereich** will die irische Präsidentschaft u.a. die Arbeiten zur verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer, zur ZinsenRL und deren Anwendung auf Drittstaaten, zur konsolidierten Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage, zur EnergiebesteuerungsRL sowie zum Schnellreaktionsmechanismus zur Bekämpfung von MwSt-Betrug vorantreiben. Des Weiteren sollen Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans zur Be-

kämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sowie beim Fiscalis Programm 2020 erzielt werden.

Im **Budgetbereich** sind für die irische Präsidentschaft die Vorbereitung der Budgetleitlinien für 2014 sowie das Budgetentlastungsverfahren 2011 prioritäre Anliegen.

Im Rahmen der **G-20 EU-Außenvertretung** will die irische Präsidentschaft schließlich das Vertrauen der internationalen Partner in den europäischen Erholungsprozess weiter stärken.

1.2. Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise

1.2.1. Aktuelles Krisenmanagement

Hintergrund

Als Folge der Banken- und Schuldenkrise wurde innerhalb der letzten Jahre eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um einerseits die Eurozone bzw. die EU rasch wieder zu stabilisieren und andererseits die Krisenvorsorge auf eine solidere Basis zu stellen. Seit Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wurden mit insgesamt sieben EU-Staaten (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Ungarn, Lettland, Rumänien) Unterstützungsprogramme ausverhandelt (laufende Verhandlungen mit Zypern) und in Verbindung mit strengen Programm-konditionalitäten gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds Finanzhilfen bereitgestellt. Mit der Errichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) steht zwischenzeitlich außerdem ein dauerhaftes Instrument zur Wahrung der Finanzstabilität des Euro-Währungsgebietes insgesamt sowie seiner Mitgliedstaaten bereit. Die Europäische Zentralbank hat im Wege diverser „außergewöhnlicher“ Maßnahmen ebenfalls mit Entschlossenheit auf die Schuldenkrise reagiert und den Bankensektor mit Liquidität versorgt. Die Mitgliedstaaten haben sich dazu verpflichtet, die Budgetdefizite und Verschuldungsquoten möglichst rasch wieder auf einen nachhaltigen Pfad zurückzuführen und gleichzeitig Maßnahmen zur Wachstums- und Beschäftigungsförderung umzusetzen.

Aktueller Stand

Durch die Maßnahmen sowohl auf europäischer Ebene als auch in den Mitgliedstaaten ist seit Herbst letzten Jahres eine deutliche Beruhigung an den Finanzmärkten eingetreten und ein Rückgang der Zinsaufschläge erfolgt. In Bezug auf Griechenland konnte im Dezember letzten Jahres nach langwierigen Verhandlungen eine Einigung über die Bedingungen zur Fortführung des zweiten Unterstützungsprogramms erzielt werden. Durch die vereinbarten Maßnahmen (darunter: Schuldentrückkauf; Weitergabe von Gewinnen des ESZB aus griechischen Anleihen) sowie eine konsequente Umsetzung des Anpassungsprogramms sollte nun sichergestellt sein, dass Griechenland bis zum Jahr 2020 wieder auf einen nachhaltigen Schuldenpfad zurückkehren kann. In Portugal und Irland ist die Umsetzung der Programme bis dato weitgehend nach Plan verlaufen; ebenso die Rekapitalisierung des Bankensektors in Spanien. Bei Zypern sind im Hinblick auf ein Unterstützungsprogramm weiterhin einige zentrale Fragen offen, sodass ein Abschluss der Verhandlungen frühestens im März realistisch erscheint. Ein wichtiges Element betrifft dabei auch die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzmarkt- und Steuertransparenz.

Position des BMF

Trotz der zuletzt wieder positiveren Entwicklungen ist das gesamtwirtschaftliche Umfeld weiterhin von Unsicherheiten geprägt und vor diesem Hintergrund eine Fortsetzung der eingeschlagenen Reformstrategie (Konsolidierung der öffentlichen Budgets; Stabilisierung des Bankensektors; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit; Stärkung des Potentialwachstums) erforderlich. Die Programmstaaten müssen für eine konsequente Umsetzung der vereinbarten Anpassungsmaßnahmen sorgen, damit eine baldige Rückkehr an die Finanzmärkte sichergestellt werden kann. Auszahlungen im Rahmen der Programme müssen weiterhin mit der Erfüllung der vereinbarten Auflagen verknüpft werden.

1.2.2. Weiterentwicklung der WWU

Hintergrund

Anlässlich eines informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs wurde der Präsident des Europäischen Rates (ER) im Mai letzten Jahres ersucht, gemeinsam mit den Präsidenten der EK, EZB und Euro-Gruppe, einen spezifischen und zeitgebundenen Fahrplan für die Errichtung einer „echten“ WWU auszuarbeiten. Vor diesem Hintergrund wurde dem ER im Dezember 2012 ein entsprechender Bericht vorgelegt, in dem die vier Präsidenten die aus

ihrer Sicht erforderlichen kurz-, mittel- und längerfristigen Maßnahmen skizzieren. Die EK hat zum gleichen Thema im November letzten Jahres einen „Blue Print“ vorgelegt, der teilweise über die Vorschläge der vier Präsidenten hinausgeht bzw. weiter präzisiert.

Als kurzfristig zu verfolgende Maßnahmen, die noch 2013 abgeschlossen werden sollten, sieht der Bericht insbesondere die Vervollständigung und Implementierung von Sixpack, Twopack und Fiskalpakt sowie die Schaffung eines Rahmens für eine systematische ex-ante Koordination von großen Wirtschaftsreformen vor. Weitere Prioritäten sind aus Sicht der vier Präsidenten die Errichtung einer effektiven Bankenaufsicht auf EU-Ebene und das Inkrafttreten der neuen Eigenkapitalvorschriften für Banken (CRD IV, CRR) sowie die Einigung auf eine Harmonisierung der nationalen Bankenabwicklungs- sowie Einlagensicherungssysteme. Schließlich soll rasch ein operationeller Rahmen für die direkte Bankenrekapitalisierung durch den ESM geschaffen werden.

Die zweite Stufe, welche bis 2014 abgeschlossen sein soll, sieht einerseits die Einführung vertraglicher Vereinbarungen zwischen Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen vor, durch die Inhalt und Umfang von Strukturreformen konkretisiert werden sollen. Andererseits wird die Errichtung eines finanziellen Anreizmechanismus („Fiskalkapazität“) vorgeschlagen, durch den die Umsetzung solcher Strukturreformen gezielt gefördert werden soll. Schließlich soll vor dem Hintergrund der geplanten Bankenunion bis Ende 2014 eine gemeinsame Abwicklungsbehörde, inklusive eines gemeinsamen Abwicklungsmechanismus geschaffen werden.

Im Rahmen der dritten Stufe soll eine „begrenzte“ Fiskalkapazität eingerichtet werden, die den Mitgliedstaaten die Anpassung an asymmetrische Schocks erleichtern soll. Ebenso könnte, so der Bericht, die letzte Stufe auch eine noch engere Koordination einzelner Wirtschaftspolitiken, insbesondere in den Bereichen „Steuern“ und „Arbeitsmärkte“, umfassen.

Aktueller Stand

Gemäß den Schlussfolgerungen des ER vom Dezember letzten Jahres soll die unmittelbare Priorität darin bestehen, dass der Rahmen für eine engere wirtschaftspolitische Koordination (Fiskalpakt, Sixpack, Twopack) vollendet bzw. umgesetzt wird und man auf dem Weg in Richtung eines stärker integrierten Finanzmarktrahmens vorankommt. Vor diesem Hintergrund werden Rat und EP aufgefordert, die Verhandlungen zum Twopack sowie zu Bankenaufsicht, CRD IV/CRR, Sanierung und Abwicklung sowie Einlagensicherung rasch abzu-

schließen. Die EK hat angekündigt, dass sie im Laufe des Jahres einen Vorschlag für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus vorlegen werde. In Zusammenhang mit der Umsetzung des Fiskalpaktes sollen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass alle von ihnen geplanten größeren wirtschaftspolitischen Reformen vorab erörtert und gegebenenfalls zwischen ihnen koordiniert werden. Auch dazu wird die EK einen Vorschlag für einen entsprechenden Rahmen vorlegen. Schließlich wurde der Präsident des ER ersucht, bis zum ER im Juni die Durchführbarkeit und die Modalitäten für Verträge zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum sowie für finanzielle Anreize zur Umsetzung solcher Verträge weiter zu prüfen.

Position des BMF

Das BMF teilt die Position, wonach der Fokus in erster Linie auf der Umsetzung bereits beschlossener Reformen (Sixpack, Fiskalpakt) bzw. der Finalisierung der bereits auf dem Tisch liegenden Vorschläge (Bankenaufsicht, CRD IV, Twopack etc.) liegen muss. Auch steht das BMF einer weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Fiskalintegration mit dem Ziel einer besseren und engeren Abstimmung der nationalen Politiken grundsätzlich positiv gegenüber. Allerdings müssen dabei vorweg zahlreiche finanzielle, rechtliche und institutionelle Fragen geklärt werden, um einen kohärenten Gesamtrahmen sicherzustellen und Moral Hazard zu vermeiden. Jedweder Transfer von Budgetmitteln muss Hand in Hand mit einem Transfer von Entscheidungs- und Durchsetzungskompetenzen gehen.

1.2.3. Umsetzung des Europäischen Semesters

Hintergrund

Mit dem Europäischen Semester wurde ein wirksameres Instrument zur Steuerung der nationalen Wirtschafts- und Fiskalpolitiken geschaffen. Zentrale Dokumente sind dabei der Jahreswachstumsbericht sowie der Frühwarnbericht zu potentiellen makroökonomischen Ungleichgewichten. Auf Basis des Jahreswachstumsberichts bereitet der Ecofin-Rat im Jänner und im Februar für den ER im März Schlussfolgerungen zur makroökonomischen und fiskalischen Steuerung vor. Im Anschluss erstellen die Mitgliedsstaaten ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sowie nationale Reformprogramme, die spätestens bis Ende April an die EK zu übermitteln sind. Neben einer Bestandsaufnahme über die Fortschritte bei der Umsetzung der EU 2020 Strategie enthält der Jahreswachstumsbericht auch die horizontalen wirt-

schaftspolitischen Schwerpunkte für das kommende Jahr. Diese betreffen (wie schon 2012) die Sicherstellung einer wachstumsfreundlichen Budgetkonsolidierung, die Wiederherstellung regulärer Kreditbedingungen, die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und sozialen Konsequenzen der Krise sowie die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Im Rahmen des Frühwarnberichts identifiziert die EK insgesamt 14 Mitgliedstaaten (exklusive Programmstaaten) mit potentiellen Fehlentwicklungen, die nun einer vertieften Analyse unterzogen werden - Österreich ist nicht darunter. Sollte die EK dabei zur Auffassung gelangen, dass in einzelnen Mitgliedstaaten tatsächlich Ungleichgewichte bestehen, würden entsprechende Verfahren eingeleitet und vom Rat Empfehlungen zur Beseitigung dieser Ungleichgewichte beschlossen werden.

Aktueller Stand

Im Rahmen einer ersten Orientierungsdebatte anlässlich des Ecofin-Rates im Jänner wurden die im Bericht der EK enthaltenen Kernaussagen und Prioritäten im Wesentlichen bestätigt. Auch wurde betont, dass - in Einklang mit den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes - die Konsolidierung der öffentlichen Budgets unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangslagen konsequent fortgesetzt, die Schuldennachhaltigkeit verbessert und die Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen weiter gestärkt werden müsse. Als ein weiteres zentrales Element im Hinblick auf die Stärkung der Wachstumskräfte wurde u.a. auch die Weiterentwicklung des Binnenmarktes, insbesondere bei Dienstleistungen, genannt.

Position des BMF

Auch vom BMF werden die im Jahreswachstumsbericht skizzierten Schwerpunkte und Reformmaßnahmen unterstützt. Aufgrund der fehlenden budgetären Spielräume müssen wachstums- und beschäftigungsfördernde Impulse vor allem durch bessere Prioritätensetzungen und Effizienzsteigerungen erzielt werden. Wesentlich ist auch, dass die Stabilität des Finanzsektors rasch wieder hergestellt und dauerhaft abgesichert wird, um die Realwirtschaft nachhaltig zu unterstützen. Was die Frage alternativer Finanzierungsformen betrifft, muss sichergestellt sein, dass auch solche Instrumente einer angemessenen Regulierung und Aufsicht unterliegen.

1.3. EU-Außenvertretung

Hintergrund

Auf internationaler Ebene wird weiterhin die Umsetzung des Reformprozesses im Rahmen der G-20 sowie des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Vordergrund stehen. Die G-20 hat sich seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 als wichtiges globales Forum für Finanz- und Wirtschaftsfragen etabliert, und eine Reihe von Impulsen im Hinblick auf eine bessere Krisenvorsorge und ein besseres Krisenmanagement gegeben. Auch der IWF hat seine Rolle durch die Bereitstellung von Finanzierungsmitteln und technischer Expertise bei der Bewältigung der Krise deutlich gestärkt.

Aktueller Stand

Russland, das im Dezember 2012 den G-20-Vorsitz übernommen hat, will an die bisherige Agenda anknüpfen und folgende Themen in den Vordergrund stellen: Umsetzung des Rahmenwerks für ein starkes, ausgeglichenes und nachhaltiges Wachstum; Reform der internationalen Finanzarchitektur; Stärkung der Finanzmarktregulierung; Förderung der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Energienachhaltigkeit, Stärkung des multilateralen Handels und Bekämpfung der Korruption. Darüber hinaus will Russland zwei weitere Themen, Schuldennachhaltigkeit und Finanzierung von Investitionen, im Rahmen der G-20 diskutieren. Zentrales Thema des IWF bleibt die Quoten- und Governancereform.

Position des BMF

Das BMF unterstützt die Ziele des G-20-Reformprozesses und setzt sich im Rahmen der Vor- und Nachbereitung auf EU-Ebene aktiv für ein koordiniertes internationales Vorgehen zur Stärkung des Wirtschafts- und Finanzsystems ein. Ziel muss insbesondere eine ambitionierte Umsetzung jener Verpflichtungen sein, zu denen sich die G-20-Staaten in den letzten Jahren bekannt haben. In Bezug auf den IWF tritt das BMF für eine baldige Umsetzung der Quoten- und Governancereform von 2010 ein.

1.4. Verbesserung der Finanzmarktregulierung und –aufsicht

1.4.1. Eigenkapitalvorschriften für Banken (CRD IV, CRR)

Seit der Einigung im Ecofin-Rat im Mai letzten Jahres haben intensive Verhandlungen mit dem EP begonnen, die bis dato noch nicht abgeschlossen sind. Offene Punkte betreffen u.a. die Berücksichtigung systemischer Risiken und die Risikogewichtung bei KMU-Krediten sowie die Themen Eigenmittel, Liquidität und „Leverage Ratio“. Ursprünglich hätten die neuen Bestimmungen bereits mit 1. Jänner 2013 in Kraft treten sollen. Die im Jänner vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht beschlossene Verlängerung des Übergangszeitraums bei den Liquiditätsbestimmungen wird voraussichtlich auch von der EU übernommen. Aus österreichischer Sicht noch offen (weil im Ratskompromiss nicht enthalten) ist die Anerkennung des Haftungsverbundes bei der Eigenmittelberechnung. Ziel des irischen Vorsitzes ist nun ein rascher Abschluss der Verhandlungen- nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass das Inkrafttreten von CRD IV/CRR (Stichwort: „Single Rule Book“) eine Voraussetzung für den Einheitlichen Aufsichtsmechanismus darstellt.

1.4.2. Einheitlicher Aufsichtsmechanismus

Gemäß den Vorgaben des ER sowie auf Basis von zwei EK-Vorschlägen vom September letzten Jahres (VO zur Übertragung von Aufsichtsaufgaben an die EZB; Änderung der „EBA-VO“) hat sich der Ecofin-Rat im Dezember auf die Errichtung eines Europäischen Systems der Bankenaufsicht geeinigt, das sich aus der EZB und den nationalen Aufsichtsbehörden zusammensetzen wird. Um eine effiziente und praktikable Lösung zu ermöglichen, wird die EZB grundsätzlich nur für die Beaufsichtigung großer Banken zuständig sein, während die verbleibenden kleineren Banken weiterhin der nationalen Aufsicht unterliegen werden. Konkret wird der EZB die Aufsicht über jene Banken übertragen, deren Bilanzsumme 30 Mrd. Euro oder 20% des BIP übersteigt oder die direkt durch den ESM rekapitalisiert werden. Darüber hinaus kann die EZB auch aus eigener Initiative die Aufsicht an sich ziehen, wenn eine Bank in mehreren Staaten Tochtergesellschaften hat und deren grenzüberschreitende Aktivitäten einen erheblichen Anteil der Bilanzsumme darstellen. Schließlich kann die EZB entweder aus eigener Initiative oder auf Antrag der nationalen Behörde auch die Aufsicht über sämtliche Banken übernehmen, um so eine konsistente Anwendung der Aufsichtsstandards sicherzustellen. Die EZB soll die ihr übertragenen Aufgaben ab dem 1. März 2014 wahrneh-

men; allerdings kann dieser Termin verschoben werden, wenn bis dahin die erforderlichen Vorbereitungen, über die die EZB dem Rat regelmäßig berichten muss, noch nicht abgeschlossen sein sollten. Derzeit laufen die Verhandlungen mit dem EP, die gemäß den Vorgaben des ER vom Dezember möglichst rasch abgeschlossen werden sollen, damit mit der praktischen Umsetzung begonnen werden kann.

1.4.3. EU-Rahmen für eine Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten

In diesem Zusammenhang hat die EK im Juni 2012 einen Richtlinienvorschlag vorgelegt. Ziel des geplanten Rechtsrahmens ist es, dass künftig jede Bank und jedes Wertpapierunternehmen unabhängig von Größe und Komplexität abgewickelt werden kann, ohne die Stabilität des Finanzmarktes zu gefährden. Der Rechtsrahmen soll im Wesentlichen folgende drei Phasen abdecken: (i) Vorbereitung und Prävention durch Erstellung von Sanierungs- und Abwicklungsplänen sowie durch Stärkung der Präventionsbefugnisse der Abwicklungsbehörde; (ii) „Early Intervention“ (Frühes Eingreifen) der Aufsichtsbehörde, etwa durch Auswechslung des Managements, Implementierung eines Sanierungsplans, Ernennung eines Sonderverwalters; (iii) Abwicklung durch Sondermaßnahmen neben dem nationalen Insolvenzrecht, etwa durch Verkauf von Geschäftsteilen, Errichtung einer Bridge-Bank oder Bad-Bank sowie „bail-in“ (Beteiligung der Eigentümer und Gläubiger). Zusätzlich beinhaltet der Vorschlag eine verstärkte Kooperation der Aufsichtsbehörden bei grenzüberschreitenden Bankengruppen sowie ein Netz aus nationalen Abwicklungsbehörden und einen ex-ante dotierten Abwicklungsfonds, die auch zur gegenseitigen Unterstützung verpflichtet sein sollen. Gemäß den Schlussfolgerungen des ER vom Dezember letzten Jahres sollen die beiden Gesetzgeber (Rat, EP) noch vor Juni 2013 eine Einigung über den Vorschlag erzielen. Darüber hinaus plant die EK im Laufe des Jahres - als Ergänzung zur Einheitlichen Europäischen Aufsicht und als weiteres zentrales Element der geplanten Bankenunion - einen Vorschlag für die Errichtung einer gemeinsamen Abwicklungsbehörde/ eines gemeinsamen Abwicklungsmechanismus vorzulegen.

1.4.4. Richtlinie über Einlagensicherungssysteme

Bereits im Juli 2010 hat die EK einen Richtlinienvorschlag zur Einlagensicherung vorgelegt, bei dem das Ziel einer weiteren Stärkung des Schutzes und des Vertrauens der Anleger/innen im Vordergrund steht. Gemäß dem Vorschlag soll die bereits im Zuge der Finanzkrise erfolgte Erhöhung der Deckungssumme auf 100 000 Euro beibehalten, die Auszahlung

beschleunigt und die Finanzierung der Einlagensicherungssysteme (u.a. durch ex-ante finanzierte Reserven) verbessert werden. Nachdem sich der Rat bereits im Juni 2011 auf eine allgemeine Ausrichtung einigen konnte, sind die Verhandlungen mit dem EP nach wie vor nicht abgeschlossen. Kontroversielle Punkte zwischen den beiden Gesetzgebern betreffen insbesondere die Zielgröße der ex-ante finanzierten Fonds und die risikobasierte Berechnung der Beiträge sowie die Verkürzung der Auszahlungsfrist. Auch bei diesem Legislativvorhaben haben die Staats- und Regierungschefs die beiden Gesetzgeber zu einer Einigung noch vor Juni 2013 aufgefordert. Für Österreich ist eine Zustimmung zu einem möglichen Kompromisspaket vor allem davon abhängig, dass freiwillige, zusätzliche Sicherungssysteme nicht von der Richtlinie erfasst werden.

1.4.5. Richtlinie/ Verordnung über Märkte für Finanzdienstleistungen (MiFID/ MiFIR)

Im Oktober 2011 hat die EK eine Änderung der Richtlinie über Märkte für Finanzdienstleistungen und eine Verordnung vorgeschlagen, deren Ziel es ist, die Effizienz und Transparenz der Finanzmärkte zu verbessern und den Schutz der Anleger/innen zu stärken. Außerdem sollen durch den neuen Rechtsrahmen die Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörden erweitert und klare Verfahrensregeln für die Handelstätigkeiten geschaffen werden. Kernelemente des Vorschlages sind die Einbeziehung der derzeit nicht regulierten organisierten Handelssysteme (über die beispielsweise zunehmend standardisierte Derivatkontrakte abgewickelt werden), die Einführung einer angemessenen Regulierung auch für den algorithmischen Handel und den Hochfrequenzhandel, sowie die Stärkung der Rolle und Befugnisse der Regulierungsbehörden. Während des irischen Vorsitzes soll im Ecofin-Rat eine Einigung auf eine allgemeine Ausrichtung erzielt werden.

1.4.6. Richtlinie/ Verordnung über Insider-Geschäfte und Marktmanipulationen (MAD/MAR)

In Zusammenhang mit der Verhinderung von Marktmissbrauch hat die EK ebenfalls im Oktober 2011 eine Änderung der Richtlinie sowie eine Verordnung vorgeschlagen, wodurch der bisherige Rechtsrahmen modernisiert und an die geänderten Marktentwicklungen angepasst werden soll. Durch die Änderungen soll der Anwendungsbereich der bestehenden Rechtsvorschriften auf organisierte Handelssysteme, den außerbörslichen Handel (OTC-Handel)

und auf neue Technologien, wie den Hochfrequenzhandel, ausgedehnt werden. Darüber hinaus sollen die Ermittlungs- und Sanktionsbefugnisse der Regulierungsbehörden gestärkt, finanzielle Anreize für Informanten („whistleblowing“) geschaffen, der Umfang der Meldepflichten in Bezug auf Eigengeschäfte von Führungskräften geklärt und die Offenlegungspflichten für KMU an ihre Erfordernisse angepasst werden. Außerdem sollen Mindestvorgaben für strafrechtliche Sanktionen bei Insider-Geschäften und Marktmanipulation eingeführt werden. Der Rat hat sich bereits im Dezember auf eine allgemeine Ausrichtung, sowohl in Bezug auf die Richtlinie als auch in Bezug auf die Verordnung geeinigt. Unter irischem Vorsitz sollen die Verhandlungen mit dem EP abgeschlossen werden.

1.4.7. Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge

Der in diesem Zusammenhang von der EK im März 2011 vorgelegte Vorschlag zielt darauf ab, dass künftig alle Verbraucher/innen, die eine Wohnimmobilie erwerben oder ein durch ihre Wohnimmobilie gesichertes Darlehen aufnehmen, von den einschlägigen Instituten in angemessener Form über mögliche Risiken informiert werden müssen. Wesentliche Inhalte des Vorschlages sind Wohlverhaltensregeln in Bezug auf die Vergabe von Hypothekarkrediten sowie Mindestanforderungen an die Kompetenz der für die Vermittlung bzw. Vergabe von Hypothekarkrediten verantwortlichen Personen, allgemeine Bestimmungen zu Werbung und Marketing, das Erfordernis vorvertraglicher Informationen in standardisierter Form, die Verpflichtung zur Prüfung der Kreditwürdigkeit des Verbrauchers, die Zulässigkeit der vorzeitigen Rückzahlung sowie Vorschriften betreffend die Zulassung, Registrierung und Beaufsichtigung von Kreditvermittlern. Nachdem eine Einigung über eine allgemeine Ausrichtung bereits im Mai 2012 erzielt werden konnte, laufen derzeit die Verhandlungen mit dem EP, welches u.a. noch weitergehende Regelungen zum Schutz der Konsumenten/innen verlangt.

1.5. Zusammenarbeit in Steuerfragen

1.5.1. Verstärkte Zusammenarbeit zur Einführung der Finanztransaktionssteuer

Die EK hat bereits im September 2011 einen (ersten) Vorschlag für eine Richtlinie über ein gemeinsames Finanztransaktionssteuersystem vorgelegt. Nachdem durch die formale Feststellung im Ecofin-Rat im Juli 2012 bestätigt wurde, dass eine Einigung auf Ebene der EU27 nicht innerhalb eines vertretbaren Zeitraums erreicht werden kann, stellten 11 Mitgliedsstaa-

ten (darunter Österreich) einen schriftlichen Antrag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf Basis einer verstärkten Zusammenarbeit. Bei der Tagung im Jänner dieses Jahres hat der Ecofin-Rat den diesbezüglich erforderlichen Ermächtigungsbeschluss angenommen. Dabei haben einige Mitgliedstaaten angekündigt, dass sie möglicherweise ebenfalls an der verstärkten Zusammenarbeit teilnehmen werden, sobald mehr Klarheit über die konkrete Ausgestaltung der Steuer besteht. Die EK hat angekündigt, dass sie nun rasch einen (neuen) RL-Vorschlag, inklusive eines aktualisierten Impact Assessments vorlegen werde.

1.5.2. Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage

Dazu hat die EK im März 2011 einen Richtlinienvorschlag vorgelegt. Die Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage könnte nach Einschätzung der EK die Verwaltungs- und Befolgungskosten senken und die Rechtssicherheit für grenzüberschreitende Unternehmen, die ihre Steuerbemessungsgrundlage derzeit nach den Vorschriften von bis zu 27 unterschiedlichen nationalen Systemen berechnen müssen, stärken. Unternehmen, die für die gemeinsame konsolidierte Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage optieren, würden nur noch bei einer einzigen Stelle ihre Steuererklärungen einreichen und alle in der EU entstandenen Gewinne und Verluste konsolidieren. Die bisherigen Diskussionen im Rat haben allerdings gezeigt, dass die meisten Mitgliedstaaten der Initiative skeptisch/ ablehnend gegenüberstehen. Auch Österreich sieht den Vorschlag mit Skepsis, da sich der Verwaltungsaufwand für Unternehmen nicht (wie von der EK behauptet) verringern sondern weiter erhöhen würde. Während des irischen Vorsitzes soll eine Orientierungsdebatte im Ecofin-Rat stattfinden.

1.5.3. Änderung der ZinsenRL und Anwendung durch Drittstaaten

Über den Vorschlag zur Änderung der 2005 in Kraft getretenen ZinsenRL werden bereits seit 2008 Verhandlungen auf Ratsebene geführt. Gegenstand der geplanten Änderungen sind die Erweiterung des Anwendungsbereiches der Richtlinie sowie die Beseitigung von Umgehungsmöglichkeiten. Eine Einigung ist bisher am Inhalt des Mandats der EK für die Aufnahme von Verhandlungen mit den europäischen Drittstaaten (Andorra, Liechtenstein, Monaco, San Marino und Schweiz) gescheitert, die zur Sicherstellung eines Level Playing Field die Änderungen ebenfalls anwenden sollen. Von Österreich werden sowohl die geplanten Ände-

rungen in der Richtlinie als auch die entsprechenden Anpassungen in den Abkommen mit den Drittstaaten unterstützt; allerdings geht der vorliegende Mandatsentwurf über dieses Ziel hinaus, da er auch die Berücksichtigung internationaler Entwicklungen (auch im Bereich Steuerzusammenarbeit und Amtshilfe) zum Gegenstand hat. Daraus könnte für Österreich in weiterer Folge die Verpflichtung zum Übergang auf den automatischen Informationsaustausch resultieren, was von Österreich abgelehnt wird, solange nicht auch von den Drittstaaten der automatische Informationsaustausch angewendet wird. Die irische Präsidentschaft hat angekündigt, dass sie sich weiterhin um eine Lösung bemühen werde.

1.5.4. Änderung der Energiebesteuerungsrichtlinie

Mit dem im April 2011 vorgelegten Vorschlag zur Änderung der EnergiebesteuerungsRL soll neben fiskalischen Aspekten auch eine stärkere Fokussierung auf EU-Energie- und Klimaziele erfolgen. Die Steuersätze auf Treibstoffe und Heizstoffe sollen auf Basis von zwei Komponenten erhoben werden - des Energiegehalts und der CO₂-Emissionen - fossile Erzeugnisse sollen höher besteuert und die Nutzung „sauberer“ Energie (z.B. biogene Stoffe) gefördert werden. Die bisherigen Diskussionen im Rat haben ein sehr divergierendes Meinungsbild der Mitgliedsstaaten hinsichtlich des CO₂-Elements, des Verhältnisses der nationalen Steuersätze zueinander, der Mindeststeuerbeträge und der Steuerbefreiungen gezeigt. Während der zyprischen Präsidentschaft hat es in einigen Punkten eine gewisse Annäherung gegeben; die irische Präsidentschaft will die Verhandlungen auf dieser Basis weiterführen.

1.5.5. Einführung eines Schnellreaktionsmechanismus gegen MwSt-Betrug

Der von der EK im Juli 2012 vorgelegte Vorschlag soll eine wirksamere Bekämpfung von MwSt-Betrug ermöglichen. Demnach sollen Mitgliedsstaaten in unvermittelt auftretenden, schwerwiegenden Fällen von MwSt-Betrug rasch ermächtigt werden können, von den Bestimmungen der MwSt-RL abzuweichen. Anstelle der bisher zeitaufwendigen Möglichkeit einer Ermächtigung mittels eines einstimmigen Beschlusses durch den Rat soll künftig die EK im Komitologieverfahren über derartige Anträge entscheiden können. Der irische Vorsitz möchte eine möglichst rasche Einigung über dieses Dossier erreichen.

1.5.6. Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -betrug

Vor dem Hintergrund eines Arbeitsauftrages des ER vom März 2012, Maßnahmen - auch in Bezug auf Drittstaaten - auszuarbeiten, um den Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung zu verbessern, hat die EK im Dezember letzten Jahres einen Aktionsplan vorgelegt. Gleichzeitig hat sie als Sofortmaßnahme zwei Empfehlungen angenommen, mit denen einerseits wirksamer gegen aggressive Steuerplanung vorgegangen und andererseits Drittstaaten zur Anwendung von steuerlichen Mindeststandards angehalten werden soll. Als weitere kurzfristige Maßnahmen sieht der Aktionsplan u.a. die Beseitigung von Schlupflöchern bei der Zinsenbesteuerung (Änderung der Richtlinie sowie der Drittstaatenabkommen), den Abschluss von Drittstaatenabkommen zur Betrugsbekämpfung und Zusammenarbeit in Steuersachen sowie die Annahme des Vorschlags für einen Schnellreaktionsmechanismus bei Mehrwertsteuerbetrug vor. Geplante künftige Initiativen betreffen u.a. die Verbesserung des Verhaltenskodex zur Unternehmensbesteuerung (darunter die Ausdehnung seiner Anwendung auch durch ausgewählte Drittstaaten), die Errichtung eines europäischen Portals für Steueridentifikationsnummern, die Förderung des automatischen Informationsaustauschs sowie die Verstärkung der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen (wie z.B. mit den Justizbehörden und der Finanzmarktaufsicht). Ergänzend dazu soll das Fiscalis-Programm genutzt werden, um die Zusammenarbeit zwischen den Steuerverwaltungen weiter zu verbessern.

1.6. Mehrjähriger Finanzrahmen (2014-2020)

Die Verhandlungen über den MFR erfolgen seit Anfang 2012 auf Basis einer erstmals von der dänischen Präsidentschaft vorgelegten Verhandlungsbox, die im Lichte der Debatten schrittweise weiterentwickelt wurde. Nachdem beim ER im November noch keine endgültige Einigung erzielt werden konnte, wurden die Präsidenten des Rates und der EK beauftragt, die Arbeiten und Konsultationen fortzusetzen, sodass die Verhandlungen Anfang 2013 abgeschlossen werden können. Nach der Einigung des ER sind die Verhandlungen mit dem EP zu finalisieren, um ein rechtzeitiges Inkrafttreten der neuen Programme ab 2014 sicherzustellen. Die Verordnung zum MFR wird nach Einigung des ER vom Rat nach Zustimmung des EP einstimmig erlassen. Änderungen bei den Eigenmitteln werden vom Rat im Eigenmittelbeschluss ebenfalls einstimmig und nach Anhörung des EP erlassen. Der Eigenmittelbeschluss tritt erst nach Zustimmung der Mitgliedstaaten in Einklang mit ihren jeweiligen ver-

fassungsrechtlichen Vorschriften in Kraft. Die Verordnungsentwürfe zu den Programmen wurden von den jeweils zuständigen Ratsformationen bereits im Jahr 2012 intensiv verhandelt; 2013 werden die Verhandlungen mit dem EP abzuschließen sein, damit die Programme ab 2014 bereit stehen.

1.7. (Geplante) Ecofin-Räte 2013

Unter irischer Präsidentschaft: 22.1.2013 / 12.2.2013 / 5.3.2013 / 11.4.-13.4.2013 (Informeller Ecofin) / 14.5.2013 / 21.6.2013

Unter litauischer Präsidentschaft: 9.7.2013 / 25.7.2013 (Budget) / 13.9.-14.9.2013 (Informeller Ecofin) / 8.11.2013 (Budget) / 15.10.2013 / 12.11.2013 / 10.12.2013

Beilagen

Arbeitsprogramm der Kommission

Arbeitsprogramm der irischen Präsidentschaft



Strasbourg, 23.10.2012
COM(2012) 629 final

Vol. 1/2

COMMUNICATION FROM THE COMMISSION

**TO THE EUROPEAN PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN
ECONOMIC AND SOCIAL COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE
REGIONS**

Commission Work Programme 2013

Today's absolute imperative is to tackle the economic crisis and put the EU back on the road to sustainable growth. This is the number one task for this generation of Europeans. It calls for a Europe able to compete in the global economy, reshaped to seize the opportunities of the future. It requires the stable macroeconomic environment which true economic and monetary union can bring. It needs a step change in the economy, to release the many strengths Europe can bring to bear in tomorrow's economy of high innovation and high skills. This demands changes to the business environment in the Single Market; it requires that the huge potential of Europe's networks and of the IT revolution is fully exploited; it calls for new skills and help so that those shut out of the labour market today can make their contribution; and it must be shaped by the needs and opportunities of resource efficiency. These are long-term challenges calling for a concerted effort from all sections of society – but in all cases, the EU contribution is a precondition for success.

This is why, in the State of the Union address, President Barroso called for new thinking for Europe – to draw the consequences of the challenges we are now facing and that are fundamentally changing our world. There can be no growth without reform and no way of confronting our challenges unless we do it together. The State of the Union speech launched ambitious ideas for the long term framing of the EU – a deep and genuine economic union, based on a political union. This vision must be translated into practice through concrete steps, if it is to address the lingering crisis that continues to engulf Europe, and the Euro Area in particular.

This 2013 Work Programme sets out the long term vision of what the EU might look like in key policy areas, summarises what is missing today and explains how the Commission will tackle these challenges. By prioritising the right kind of initiatives, the EU can contribute to growth and job creation and can step by step move closer to its longer term vision.

The Commission has already tabled a wide range of growth enhancing proposals which are now being negotiated by the co-legislators. Timely adoption and full implementation of these measures would send a crucial signal of confidence to citizens and to investors, helping to reinvigorate economic activity and stimulating much needed job creation. It would add up to a major record of EU action before the June 2014 European Parliament elections. In 2013 the Commission will devote much effort to implementation as an immediate way of delivering on the benefits of EU action. Following the decisions to be taken on the multi-annual financial framework by the end of 2012, during 2013 the Commission will focus on finalising arrangements for rapid implementation, including through the use of country-specific negotiation mandates to ensure that the priorities supported through EU-funded investment are clearly targeted on growth and jobs. Targeted investment supported by a modern, pro-reform EU budget can make a decisive contribution to growth, jobs and competitiveness.

The proposals in this work programme will be tabled during 2013 and in the first part of 2014, bearing in mind the end of the current legislature. In the following sections some of the key action is highlighted to show how the Commission will contribute to filling in the gaps between the EU's objectives and the current situation. Annex I contains a more detailed list of the proposals the Commission intends to propose in 2013/14.

Getting the foundations right: towards genuine Economic and Monetary Union

The objective

Europe's strength lies in the interconnection of our economies. The single market and the common currency have driven this forward, and the integrated economic policy making at the European level through the European semester is now drawing our economies together as never before. However, the crisis has shown that the single market for financial services can only deliver financial stability, economic growth and jobs if it is matched with a strong single regulatory and supervisory authority at EU level. The next step must be to deepen economic and monetary union with a fully-functioning banking and fiscal union.

What is missing today?

A genuine EMU needs a comprehensive approach to tackle the vicious circle of excessive private sector indebtedness, unsustainable sovereign debt and banking sector weakness. The EU lacks a global framework which fills in the gaps in a fully integrated financial services policy, with a single supervisory mechanism for banks and a single rule book to govern all financial institutions. It also needs to complete and implement the more effective mechanisms put forward to prevent and correct unsustainable fiscal policies and economic imbalances. Better coordination of tax policies will also be crucial. The progress made through the European semester has also not yet reached its potential in terms of carrying through recommendations into structural reforms in the EU.

While not yet complete, our economic governance has already been thoroughly reinforced through the Europe 2020 Strategy, the European Semester, and the implementation of the Six-Pack legislation. Agreement on the Two-Pack legislation is urgent in order to complete further the economic governance. In 2013 the Commission will:

- Launch the fourth European Semester through the Annual Growth Survey;
- Follow up on the blueprint for a comprehensive and genuine EMU which it will publish before the end of 2012;
- Propose additional legislation to further enhance stability, transparency and consumer protection in the financial sector (for example, on the systemic risks related to non-banks and shadow banking).

The legislation already in place and now being considered adds up to a fundamental reshaping of the EU's financial system. Agreement on banking supervision will put the European financial system on far more secure foundations and act as a springboard for confidence. 2013 will see the implementation of many of the detailed rules of this package. The same is true for cohesion policy, where the key priorities for growth-enhancing measures and structural reforms brought out in the European semester will be put at the core of new national and regional programmes and where the focus will be on the finalisation of the country-specific mandates for the next generation of structural funds. The Commission will also take action to fight tax fraud and evasion, including an initiative on tax havens, bringing the EU dimension to bear on national efforts to consolidate public finances.

Boosting competitiveness through the Single Market and industrial policy

The objective

Sustainable growth and job creation need to combine a stable macro-economic environment with the ability to compete in the global economy. Europe has strengths which can give it a competitive edge through a modernised social market economy and can help it to take the lead in the new industrial revolution. The Single Market and fair competition can come together with targeted investment and the right approach to entrepreneurship to exploit the opportunities for growth through new technologies and innovation.

What is missing today?

The Single Market needs to continue to adapt to reach the potential for businesses and consumers in a borderless Europe. Technological change offers huge possibilities, but it needs to be accompanied by new approaches in areas like procurement, standards, and intellectual property. The EU needs a long-term framework for energy and climate policies so that investment and policy target competitiveness and tackle climate change. Europe falls short on innovation, with obstacles to building new markets and investing in the technologies that will change the way we live, as well as wider issues of attitudes to entrepreneurship and business failure. It also needs the right legal framework to move Galileo towards commercial operations. This is exacerbated by the problems faced by companies, in particular SMEs, in accessing finance in the wake of the crisis, as well as the unnecessary costs of administrative burdens and the impact of some outdated public administrations. Shortcomings in implementation also hold back the full benefits.

The recent Single Market Act-II set out 12 new concrete priority actions, to reenergise the Single Market around four main drivers: networks, mobility, the digital economy and cohesion.¹ Following up on its 2012 Communication on a new industrial policy², the Commission will take a fresh look at the single market for products, which makes up 75% of intra-EU trade. These actions follow on the priority actions under the first phase of the Single Market Act³, which now need to be agreed quickly. The Commission will work hard with the co-legislators in 2013 to bring these proposals to fruition and full and effective implementation. Key proposals will include:

- Initiatives to align rules and cut the costs of VAT compliance through a single declaration;
- A legislative proposal to make e-invoicing mandatory for public procurement will facilitate business-to-government interaction, reduce costs and serve as a pilot for other sectors;
- Initiatives to update and simplify the rules for the circulation of products in the single market, and identify gaps still blocking free circulation, as well as intensified work on standards, certification and labels;

¹ COM(2012) 573 of 3 October 2012

² COM (2012) 582 of 10 October 2012

³ COM(2011) 206 of 13 April 2011

- As part of Horizon 2020, 2013 will see proposals to launch and develop a range of major public-private partnerships to bring private and public investment together with the EU budget to drive a common approach to key strategic sectors like pharmaceuticals, air traffic management and nanotechnology, leveraging some €-10 billion in new investment;
- Initiative on energy technologies and innovation to deliver a sustainable, secure and competitive energy system;
- Proposing a series of major reforms to modernise state aid;
- Modernise our approach to intellectual property rights to ensure that it is effective and consumer-friendly in the digital world.

Energy efficiency is a key area for competitiveness. The Commission will reinforce its cooperation with Member States on the implementation of the energy efficiency directive, the energy labelling and ecodesign legislation. Implementing the strategy for Key Enabling Technologies will also be a key lever of competitiveness. The Commission will deepen its work to help SMEs facing the challenge of financing and implement the Action Plan for entrepreneurship. Support from the European Regional Development Fund and the COSME⁴ programme will be ready to roll out when the new financing period starts in 2014. New programming of the European Social Fund will also include a particular focus on the provision of skills necessary for successful transition from school to work and for increasing employability of the workforce.

Connect to Compete: Building tomorrow's networks today

The objective

A fully integrated and interconnected European Single Market covering telecoms, energy and transport is a prerequisite for competitiveness, jobs and growth. Achieving this requires affordable, accessible, efficient and secure network infrastructure. Accelerating the roll out of the digital economy will bring benefits across all sectors, through enhanced productivity, efficiency and innovation. Europe must have state-of-the-art digital networks to retain and build its global competitive position, to be able to handle the explosion in internet use and exchange of data and to fully exploit the efficiency gains and innovative services allowed by major online developments. In energy, significant investments in electricity grids and other energy networks will help make energy supplies more secure, sustainable and competitive. On transport, a fully integrated single market and more efficient networks allowing to switch easily between different modes, would bring huge benefits to citizens and companies, including in urban areas.

What is missing today?

National approaches and a variety of barriers hold back competitiveness and prevent the exploitation of networks on a European scale. Investment is not sufficiently galvanised to support projects which will be the bedrock of Europe's future prosperity and is held back by shortcomings in the regulatory environment. This also holds back the potential for innovation in areas like smart grids and meters, and intelligent transport. A lack of interoperability

⁴ Programme for the Competitiveness of enterprises and SMEs 2014-2020

increases costs and holds back the level playing field. Gaps in the regulatory framework hold back business investment and consumer confidence in key areas like payments. Gaps in infrastructure create extra costs and inefficiencies for energy consumers, delay modernisation of logistics, and prevent the full exploitation of broadband.

In order to continue to fill in the missing links in 2013/14, the Commission will make proposals to:

- Modernise Europe's transport and logistics to help companies save time and energy, as well as reduce emissions, through proposals on rail and freight transport, goods traffic between EU ports, and the Single European Sky;
- Tackle the obstacles to electronic payments;
- Support investment in high speed networks;
- Boost the coverage and capacity of broadband by reducing the cost of its deployment and freeing up band width for wireless broadband.

Alongside cohesion policy, the Connecting Europe Facility⁵ will be one of the EU's most obvious contributions to cutting through these obstacles by stimulating infrastructure. 2013 should see the facility up and running and key choices made on targeting. It should also see project bonds being rolled out to help harness private sector investment.

This will go hand in hand with consolidating regulation. More needs to be done to achieve a true European transport area with European rules: proposals on connecting up in the rail sector and on accelerating the implementation of the Single European Sky should be taken forward as priorities. In the field of energy, the latest phase of liberalisation towards the completion of the internal energy market by 2014 must be driven through to make Europe's future energy supply sustainable, competitive and secure. A new framework for national interventions in the energy sector will be a core element to ensure that adequate investments are made and that market interventions are necessary and proportionate.

Growth for jobs: Inclusion and excellence

The objective

Through its capacity to combine growth and inclusiveness, our social market economy is one of Europe's greatest assets. But today its economy and its society face the threat that the grave problems of high unemployment, increased poverty and social exclusion risk becoming structural. The EU dimension must be harnessed to assist Member States to find every opportunity to help people looking for work and to address the mismatch between labour supply and demand. This starts with an active employment policy to help them to have the right skills to be employed and which uses the potential of mobility to the full. The goal should be to find innovative ways to increase educational attainment and labour market participation. Adequate and sustainable social policies and more accessible social services are needed to promote social inclusion and entry into the labour market. The job creation potential of key growth sectors, such as the green economy, ICT and health and social care sectors needs to be fully tapped. To maintain its workforce in the longer term perspective of

⁵ COM(2011) 0665 of 19 October 2011

an ageing society, European labour markets need to be inclusive, mobilising employees of all ages and at all level of qualifications.

What is missing today?

Public employment services and employers face a major challenge with the scale of unemployment in Europe, in particular among young persons. To boost the employability levels is key to re-launch growth, taking also into consideration vulnerable groups. The potential for job creation in sectors such as the green economy, ICT, health and is not fully exploited. Education and training systems are not keeping up with changing labour market needs – resulting in shortages in key areas like science, mathematics and e-skills. Higher education is not sufficiently connected to research and innovation activities and is slow to build capacity in areas like ICT – which both reflects and contributes to a lack of internationalisation. Life-long learning is still developing, and public policy and business practices do not reflect the need for older workers to extend their working careers. Undeclared work creates an extra challenge. Social protection and social investment should be more effective. Vulnerable groups find it particularly difficult to get into or to return to the labour market. And the potential for labour mobility to fill gaps is held back by problems in the recognition of qualifications, documentation and skills across Member States.

Supporting Member States' policies on employment and job creation is one of the highest priorities of the European semester. The Commission will continue in 2013 to work actively with Member States and social partners, in particular on the basis of the youth guarantee and traineeship initiatives to be set out later this autumn. In order to continue to fill in the missing links in 2013/14, the Commission will make proposals to:

- Help improve the performance of public employment services and networking between national employment agencies;
- Harness social investment for inclusive growth, through guidance for policy reforms identified in the framework of European semester, supported by the EU funds such as the European Social Fund;
- Furthering the internationalisation efforts of higher education, to prepare Europeans for an increasingly global, open and competitive labour market;
- Put in place the right framework for the institutions handling occupational pensions.

Obstacles to mobility remain one of the main lost opportunities of the Single Market. Adoption and implementation of the revision of the Professional Qualifications Directive⁶ will be an important step to open up professions. Work should continue to examine and reduce unnecessary restrictions for regulated professions limiting the ability of professionals to work in another Member State.

Preparing the new generation of programmes under the European Social Fund will be a major goal for 2013, to ensure that this brings the quickest and most effective support to the modernisation of labour market policies and social inclusion policies, strengthening of education and lifelong learning systems, to ensure that groups like young and long-term unemployed have the right skills for the jobs of the future. A wide range of EU programmes

⁶ COM (2011) 883 final

will contribute to these goals, including the European Regional Development Fund, Horizon 2020 and Erasmus for all.

Using Europe's resources to compete better

The objective

Competitiveness today must be geared to competitiveness tomorrow. There is untapped potential for the EU economy to be more innovative, productive and competitive whilst using fewer resources and reducing environmental damage. Less waste should be produced and more re-used and recycled in line with the practice of the best performing Member States. Greater resource efficiency would contribute to growth, jobs and enhanced competitiveness, with reduced costs for business as well as significant benefits for health and the environment, lower greenhouse gas emissions, contained energy bills and new opportunities created for innovation and investment. The EU is particularly well-placed to give policy the long-term dimension required.

What is missing today?

European society and the European economy do not yet exploit the full potential for resource efficiency. Much recyclable waste is either exported or sent to landfill. A lack of long-term frameworks holds back planning and investment, most obviously on a climate and energy framework beyond 2020, but also on long term sustainable use of key resources such as air, soil, energy, water, fish and biomass. At the same time, such frameworks can help to galvanise the innovation needed to exploit the potential of the transition to a low-carbon economy in areas like transport, energy and agriculture.

In order to continue to fill in the missing links in 2013/14 the Commission will make proposals to:

- Provide a long-term perspective on how the EU will move ahead from its 2020 targets to continue the trajectory towards a low-carbon economy through a comprehensive framework for the period to 2030;
- Frame a new strategy on adaptation to climate change to make Europe more resilient;
- Review the waste legislation, to look at how new markets and better recycling can contribute to growth;
- Adapt the EU policy framework for air quality.

At the same time, the finalisation of the new generation of agriculture and fisheries policies and regional and rural development programmes will maximise the opportunity to bring together innovation and job creation with a focus on sustainability. The promotion of a resource efficient "blue economy" will help to release the potential of Europe's maritime areas to contribute to growth. 2013 will also bring the start of the 3rd phase of the EU Emission Trading System (2013-2020).

Building a safe and secure Europe

The objective

The EU needs to protect its citizens and their rights from threats and challenges and further remove obstacles to circulation of citizens in Europe. This includes fighting crime and corruption, controlling our external borders and ensuring the respect of the rule of law and of fundamental rights, with the right balance between security and mobility. It also needs a well functioning and efficient justice system to support growth, entrepreneurship and attract investors. Equally, the EU works to proactively reduce risks to health, food and product safety, critical infrastructures and disasters. Safe and sustainable use of nuclear energy is a key element.

What is missing today?

Threats to safety and security evolve, and the EU's response needs to reflect this by using technology to tackle safety in food or nuclear energy, by working for the swiftest and most effective disaster response and by deepening cooperation in tackling the increasing cross-border dimension of crime. Areas like terrorist financing and the cross border traffic in weapons need particular attention. The EU has a particular responsibility to protect its own financial interests against fraud and corruption, but lacks the full institutional framework required. Mutual trust in areas of safety, security and justice needs to be earned, and the networks and exchanges needed to build this are not always present.

Vigilance is also needed to ensure that the fundamental rights of citizens in the EU are protected in full. If people and businesses are to take full advantage of their rights, they need easy access to justice, on equal terms in all countries in cases of cross-border litigation.

The Commission will make proposals to continue to fill in the missing links:

- Establish a European Public Prosecutor's Office to fight against crimes affecting the EU budget and protect its financial interests;
- Fight traffic in firearms;
- Improve judicial cooperation in both criminal and civil matters;
- Revise legislation on nuclear safety and propose new legislation on nuclear insurance and liability;
- With 2013 marked as the European Year of Citizens, the Citizenship Report will review progress in ensuring that EU citizens can readily exercise their rights and identify future action.

The Commission will also implement a variety of important initiatives to promote a virtuous circle of cooperation between national administrations and judicial systems. The ongoing work of the Consumer Protection Cooperation network of enforcement authorities is a core tool for practical enforcement. The first anti-corruption report and the first judicial scoreboard will both offer new tools to encourage best practice to be identified and pursued. Agreement on new arrangements for Schengen governance would also give Member States an important new tool to consolidate mutual confidence in common control of borders. Efforts to reinforce application of existing solidarity mechanisms in immigration will be continued.

Pulling our weight: Europe as a global actor

The objective

The EU's interests and commitment to values of democracy, the rule of law and human rights depend heavily on what happens beyond its borders. Promoting our values in our immediate neighbourhood and beyond is a priority, by building partnerships with third countries and promoting multilateral solutions to common problems.

Collectively, the EU is the largest donor of funds for development cooperation, climate finance and humanitarian aid in the world. We are also the world's largest trading partner. When we can deploy the Union's and Member States' resources in an effective and consistent way beyond our borders, and bring together the wide range of instruments available, the EU can have greater impact and influence on the world around us. This helps to deliver the goals of growth, stability and democracy and to meet the goals of policies like tackling poverty and boosting peace and security, as well as pursuing policies like addressing climate change, the environment, transport and energy, and optimising the opportunities for international cooperation in areas such as science and technology. In the year of Croatia's accession, the enlargement process and the neighbourhood strategy continue to provide key tools to support positive change in partners on the EU's doorstep.

What is missing today?

On the global stage the EU is a key actor; but more can be done to develop a truly unified approach using different strands of policy and different instruments to reinforce each other. The EU should also ensure closer monitoring of the implementation of its commitments, notably as part of the support provided to countries in transition in its neighbourhood.

The external dimension is integral to promoting growth and competitiveness in 2013 and beyond. The EU is pursuing a bilateral trade and investment agenda of unprecedented ambition to complement its efforts at the multilateral level. Negotiations are close to conclusion with such important partners as Canada, Singapore and India, and will hopefully soon be launched with Japan. The final recommendations of the EU-US High Level Group on Jobs and Growth may also pave the way for negotiations on an ambitious and comprehensive transatlantic partnership. Japan and the United States are such key partners that successful agreements with these two countries could add 1-1½% to EU GDP and create almost a million jobs. Such agreements would support multilateral liberalisation and regulatory dialogue, and open new markets for European products and services. Scoping exercises with other partners are currently being conducted.

2013 will see a particular focus on consolidating the rule of law firmly at the centre of enlargement policy, consolidating economic and financial stability and promoting good neighbourly relations and closer regional cooperation in areas like trade, energy and transport. Neighbourhood policy will continue to centre on an incentive driven approach, where EU support for reforms follows a clear progress in building democracy and the respect of human rights. Priorities in 2013 will be the 'Deep and Comprehensive Free Trade Areas', mobility partnerships and visa facilitation.

The EU has responded to the rapid change in our neighbourhood through the framework of the revised European Neighbourhood Policy, consolidating the Eastern partnership and

launching a partnership for shared democracy and prosperity with the Southern neighbours. Our focus in 2013 with our Southern neighbours will be on implementation and delivery, using innovative ways to mobilise political and economic resources to mutual benefit.

As the Millennium Development Goals (MDG) Summit approaches in 2015, the EU is working to fulfil its commitments on development assistance, as well as pursuing specific goals of sustainable growth and resilience in the face of crisis. It also continues to pursue key negotiations such as reaching a new international climate agreement by 2015. At the same time, as the new generation of external action instruments is finalised, 2013 will be a key year for ensuring that the EU's new development policy orientation – the Agenda for Change⁷ - is mainstreamed throughout our relationship with our partners, with a new focus on good governance, inclusive and sustainable growth and stimulating investment in developing countries. It will also see further steps in ensuring an effective and swift crisis response capacity and developing a comprehensive response to crisis prevention, management and resolution.

In order to continue to fill in the missing links in 2013/14 the Commission will make proposals to:

- Assuming success in ongoing scoping exercises and in current preliminary discussions, propose negotiating directives for comprehensive trade and investment agreements with relevant partners;
- Put forward coherent EU positions bringing together the Millennium Development Goals, the post-2015 development agenda and Rio+20.

⁷ COM(2011) 637 of 13 October 2011



**COUNCIL OF
THE EUROPEAN UNION**

Brussels, 18 January 2013

5148/13

ECOFIN 7

NOTE

from:	Presidency
to:	Delegations
Subject:	Work Programme of the European Union Economic and Financial Affairs Council during the Irish Presidency

Delegations will find attached the Work programme of the European Union Economic and Financial Affairs Council during the Irish Presidency and the draft provisional Council agendas for the first half of 2013.

Encl.:



Work Programme of the European Union Economic and Financial Affairs Council during the Irish Presidency and the draft provisional agendas for the first half of 2013.

Ireland assumes the Presidency at an important juncture in the development of the European Union. The past number of years has been devoted to managing the financial, economic and currency crisis. In response significant work has been carried out by the Member States and the institutions of the European Union. In particular we have seen the development of the EFSF and the ESM. There has been agreement on a reinforced Stability and Growth Pact, a surveillance system for macro imbalances and common requirements for budgetary frameworks. We also have seen the introduction of the Fiscal Compact and the Euro Plus Pact.

Significant decisions have been made by the European Council on the development of a four-strand approach to the crisis with a specific and time bound map for the achievement of a genuine economic and monetary union. Further work on the development of economic and monetary union is to be presented to the European Council in June 2013 by Council President Van Rompuy.

All of these are significant achievements and, while there is more work to do, there may now be grounds for greater optimism that there is sufficient momentum within the EU-27 and the Euro area towards resolving the economic and financial difficulties in the European Union. This should help support a return to economic growth and employment.

The overarching theme of the Irish Presidency is to secure stability and ensure that it leads to jobs and growth. In addition to the measures being pursued in the ECOFIN Council, there will be horizontal work ongoing across other Council formations to support this approach, including the delivery of the Europe 2020 Strategy and the Compact for Growth and Jobs.

It is clear that there cannot be growth or employment without responsible and sustainable fiscal, monetary, financial and economic policies. Growth and fiscal friendly policies that are consistent with and complement such policies are essential to help increase employment across the Union. In terms of the specific elements of the ECOFIN Council to support growth and promote employment, the Presidency will seek to:

- effectively implement the economic governance measures within the framework of the European Semester and the Annual Growth Survey and finalise the remaining measures
- continue work on strengthening the European Union financial services framework and specifically the single supervisory mechanism of the banking union measures
- support the further development of economic and monetary union
- promote work on various key taxation issues
- effectively represent EU member states in G20

Towards enhanced economic governance and policy coordination

The European Semester and economic governance ('Two-Pack') proposals are the building blocks for strengthening fiscal discipline and introducing stricter economic surveillance and they are essential in progressing towards sounder public finances and financial stability thereby reducing uncertainty and creating the basis for economic growth and increased employment in the European Union.

The European Council in December 2012 mandated the completion and implementation of the framework for stronger economic governance and the rapid adoption of the "Two-Pack" of economic coordination measures by the co-legislators.

The Presidency will seek to complete the "Two-Pack", as a matter of priority. Once adopted, the Presidency will work towards the successful implementation of these instruments.

As Presidency, Ireland will manage the third European Semester process. The European Semester, which has been in place since January 2011, represents a new approach to economic surveillance. It was devised with the aim of ensuring that all Member States' economic policies are analysed and assessed together and that policy areas which previously were not systematically covered by economic surveillance – such as macroeconomic imbalances and financial sector issues – are included. Effective management of the third European Semester cycle will be an important focus of the Irish Presidency to ensure the credibility of the process and create certainty about economic reforms in Member States.

An important aspect of the European Semester is the Macroeconomic Imbalance Procedure, (MIP) introduced by the 'Six-Pack'. The MIP for the 2013 Semester was kick-started by the publication in November of the Alert Mechanism Report which listed a number of Member States requiring In-Depth reviews.

The February ECOFIN is expected to adopt Conclusions for submission to the March European Council giving macro-economic and fiscal guidance to Member States in relation to their Stability and Convergence Programmes and National Reform Programmes. The guidance given will also take into account their obligations under the Euro Plus Pact. In March, the Commission is expected to adopt the in-depth reviews mandated by the Alert Mechanism Report.

On the basis of examination of the National Reform Programmes submitted and the contents of the in depth reviews, the ECOFIN will be asked to adopt Council opinions and country specific recommendations in June 2013 to be put forward to the June European Council.

In addition, the Irish Presidency will contribute to the effective implementation of the commitments in the Euro Plus Pact.

The Europe 2020 strategy provides for smart, sustainable growth with resource efficiency being one of the priorities identified. This strategy will inform the Council Conclusions to be adopted at the February ECOFIN, following on from the 18th Conference of Parties to the United Nations Framework Convention on Climate Change.

Strengthening financial regulation and supervision

The Presidency is committed to making progress on the financial regulatory agenda. Improving and enhancing the regulation and supervision of the financial sector is an essential requirement to improve the stability and viability of this sector. A strong and well regulated financial services sector is essential to the financing of economic growth and the creation of employment. It increases the confidence of depositors in the financial system and provides more certainty to borrowers. Getting agreement on the final aspects of the banking union measures is an important component of the strands of moving towards a genuine economic and monetary union.

The Irish Presidency will, in accordance with the conclusions of the December 2012 European Council, prioritise legislation to achieve a Banking Union and in particular the Commission's proposals on banking supervision, bank resolution and recovery and deposit insurance to protect consumers. The Irish Presidency will also support the development of institutional and political structures to support the new Banking Union and to ensure an effective and smooth transition to the new framework. The successful implementation of the Banking Union measures should help break the link between the financial sector and the sovereign.

The Single Supervisory Mechanism (SSM) is an important foundation to ensure confidence in supervision across Europe. A Council general approach was reached at ECOFIN on 13th December. This agreement provides the mandate for the Presidency to enter into discussions with the European Parliament. The Capital Requirements Directive IV (CRD IV) seeks to ensure that the effectiveness of regulation of credit institutions and investment firms in the EU is strengthened and that financial stability is enhanced. The proposals also aim to transpose the international agreement on banking supervision reached by the Basel Committee on Banking Supervision as endorsed by the G20 Leaders. The Irish Presidency will prioritise reaching an early agreement with the co-legislators on both of these elements. On Banking Resolution the Council Conclusions urge co-legislators to agree on the proposals for a Recovery and Resolution Directive and for the DGS Directive before June 2013.

Important files on the markets side include the Markets in Financial Instruments Directive and Regulation (MiFID/MiFIR) which seeks to harmonise national provisions concerning access to the activity of investment firms and related service providers, the modalities for their governance and their supervisory framework. The proposals are in line with the Presidency's objectives of promoting greater confidence by making financial markets more efficient, resilient and transparent as well as strengthening the protection afforded to investors.

The Irish Presidency aims to conclude an agreement with Council as soon as possible and conduct a number of trilogues with the Parliament in the markets and securities area including Market Abuse (MAD/MAR). It will also make progress on other dossiers in the consumer area, including the Mortgage Credit Directive.

Economic and Monetary Union

The document *Towards a Genuine Economic and Monetary Union* was presented on 5 December last and the contents of the report are reflected in the conclusions of the December 2012 European Council. The Presidency notes the intention of the President of the European Council to produce further proposals and a time-bound roadmap for further economic and fiscal governance reforms by June 2013 and, as Presidency, will contribute constructively to this process, particularly in relation to any tasks conferred on it by the President of the Council. The objective of such measures is to create a stronger and more effective EMU that can aid confidence and support economic recovery and employment growth across Europe.

Taxation

On the issue of Financial Transaction Tax (FTT) first of all the Presidency will facilitate the decision making process for the Council to move forward under enhanced cooperation if so decided by the Council. After that the Presidency will work to bring forward the Commission proposal under an enhanced cooperation procedure for a Financial Transaction Tax, in the event that the proposal is published during the first half of 2013. The Presidency notes the extensive work that has been carried out to date on the development of this proposal.

The Irish Presidency will also carry forward the discussions on the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB). The Presidency will also work towards agreement of the revised Savings Directive and the negotiating mandates with third countries, in line with the direction of the European Council.

The Ecofin Council will continue work on proposals facilitating fast and effective responses to VAT fraud in the form of the quick reaction and reverse charge mechanisms, as well as proposals on the VAT treatment of vouchers and the Fiscalis action programme for taxation in the EU for the period 2014 to 2020. The Presidency will also deal with the recently published implementing Regulation governing VAT rules for cross-border services.

The Presidency will also make progress on the revision of the Energy Tax Directive which forms part of the Single Market Act I package.

The Commission's Action Plan to strengthen the fight against Tax Fraud and Tax Evasion, including its Recommendations on Tax Havens and Aggressive Tax Planning, will be taken forward by the Presidency.

EU Budget

The Irish Presidency will seek to efficiently manage issues relating to the EU Budget, including the implementation of the annual budget for 2013. The budgetary discharge procedure for 2011 and the preparation of the budget guidelines for 2014 will be priorities with appropriate Council texts at ECOFIN.

Representing the EU in the G20

The Irish Presidency will work to ensure effective and thorough preparation in the ECOFIN of G20 meetings of Finance Ministers and Central Bank Governors. These have evolved into an important international forum for economic and financial policy coordination.

The ECOFIN will prepare EU participation in the G20 meetings of finance ministers and central bank governors in the G20 meeting of Finance Ministers and Governors in Moscow on February 15-16 2013 and the IMF/World Bank Spring meetings taking place in Washington 19-21 April 2013 and

Main Presidency events

The Informal ECOFIN Council will be held in Dublin on 12-13 April 2013

PROVISIONAL AGENDA

ECONOMIC AND FINANCIAL AFFAIRS COUNCIL

1.1

BRUSSELS – 22 JANUARY 2013

Adoption of the provisional agenda

Legislative deliberations

- **(poss.) Approval of the list of "A" items**
- **Any other business**
 - = Current legislative proposals
 - Information from the Presidency

Non-legislative activities

- **Approval of the list of "A" items**
- **Presentation of the Presidency work programme ¹**
 - = Exchange of views
- **Follow-up to the European Council meeting on 13/14 December 2012**
 - = Exchange of views
- **Annual Growth Survey**
 - = Exchange of views
- **Communication: An Action Plan to strengthen the fight against tax fraud and tax evasion**
 - = Presentation by the Commission

¹ Public debate in accordance with Article 8(2) of the Council's Rules of Procedure

- **Financial Transaction Tax (FTT) ***
 - = Proposal for a Council Decision authorising enhanced cooperation in the area of financial transaction tax

- **Any other business**

p.m.:

Monday 21 January 2013

17.00 Eurogroup

Tuesday 22 January 2013

09.00 Breakfast

10.00 Council (ECOFIN) meeting

* Item on which a vote might be requested

PROVISIONAL AGENDA

ECONOMIC AND FINANCIAL AFFAIRS COUNCIL

1.1

BRUSSELS – 12 FEBRUARY 2013

- **Adoption of the provisional agenda**

Legislative deliberations

(Public deliberation in accordance with Article 16(8) of the Treaty on European Union)

- **Approval of the list of “A” items**
- (poss.) **Economic governance - "Two Pack" [First reading]**
 - a) **Proposal for a Regulation on common provisions for monitoring and assessing draft budgetary plans and ensuring the correction of excessive deficit of the Member States in the euro area**
 - b) **Proposal for a Regulation on the strengthening of economic and budgetary surveillance of Member States experiencing or threatened with serious difficulties with respect to their financial stability in the euro area**
 - = *Political agreement*
- **Any other business**
 - (poss.) **Current legislative proposals**
 - = *Information from the Presidency*

Non-legislative activities

- **Approval of the list of “A” items**
- **Preparation of G20 Meeting of Finance Ministers and Governors (Moscow, Russia, 15-16 February 2013)**
 - = *Terms of reference*
- (poss.) **Follow-up to the 18th Conference of Parties to the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC, Doha, Qatar, 26 November to 7 December 2012)**
 - = *Council conclusions*
- **Annual Growth Survey 2013**
 - = *Council conclusions*
- **Alert Mechanism Report 2013**
 - = *Council conclusions*
- (poss.) **European semester 2013: Discussion on selected thematic issues identified during 2012 semester**
 - = *Exchange of views*

- **Fiscal Sustainability Report 2012**
= *Council conclusions*
- **Council guidelines for the budget for 2014**
= *Council conclusions*
- **Discharge to be given to the Commission in respect of the implementation of the budget for 2011 (*)**
= *Council Recommendation*
- **Any other business**

p.m.

Monday 11 February 2013

17.00 Eurogroup

Tuesday 12 February 2013

9.00 Breakfast
10.00 Council (ECOFIN) meeting
13.00 (poss.) Lunch

PROVISIONAL AGENDA

ECONOMIC AND FINANCIAL AFFAIRS COUNCIL

1.1

BRUSSELS – 5 MARCH 2013

- **Adoption of the agenda**

Legislative deliberations

(Public deliberation in accordance with Article 16(8) of the Treaty on European Union)

- **Approval of the list of A items**
- **Proposal for a Directive establishing a framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms**
Interinstitutional file 2012/0150 (COD)
=*General approach*
- **Proposal for a Directive on Deposit Guarantee Schemes (DGS)**
Interinstitutional file 2010/0207 (COD)
=*State of play*
- **VAT Quick Reaction Mechanism**
Interinstitutional file 2012/0205 (CNS)
=*State of Play*

Non-legislative activities

- **Approval of the list of A items**
- **Mandate for negotiations of amendments to the Savings Taxation agreements with five third countries (*)**
=*State of Play*
- **Contribution to the European Council meeting on 14-15 March 2013 - European Semester 2013**
=*Council conclusions*
- **(poss) European Semester: Country specific issues**
=*Exchange of views*
- **(poss.) Implementation of the Stability and Growth Pact (*restricted session*)**
=*Draft Council Decision / Recommendation*
- **Follow-up to G20 meeting of 15/16 February**
=*Information from the Presidency*

Any other business

- **(poss.) Current legislative proposals**
 - = *Information from the Presidency*

(*) Item on which a vote may be requested

p.m.

Monday 4 March 2013

15.00 Macroeconomic Dialogue at political level
17.00 Eurogroup

Tuesday 5 March 2013

9.00 Breakfast
10.00 Council (ECOFIN) meeting
13.00 (poss.) Lunch

PROVISIONAL AGENDA
ECONOMIC AND FINANCIAL AFFAIRS COUNCIL
BRUSSELS – 14 MAY 2013

- **Adoption of the agenda**

Legislative deliberations

(Public deliberation in accordance with Article 16(8) of the Treaty on European Union)

- **Approval of the list of A items**

- **Financial Transaction Tax (FTT)**

Interinstitutional file: 2011/0261 (CNS)

= *State of play*

- **(poss.) VAT Quick Reaction Mechanism (*)**

Interinstitutional file: 2012/0205 (CNS)

= *Adoption*

- **(poss.) VAT optional and temporary reverse charge on certain supplies**

= *Adoption*

- **(poss.) CCCTB**

= *Orientation debate*

- **Revised rules for markets in financial instruments (MiFID/MiFIR)**

Interinstitutional file: 2011/0296 (COD); 2011/0298 (COD)

= *State of play*

- **Draft General Budget for 2014**

= *Presentation by the Commission*

Non-legislative activities

- **Approval of the list of A items**

- **Debriefing from the Informal ECOFIN**

- **Follow-up to the G20 Meeting of Finance Ministers and Governors (18-19 April 2013) and IMF/World Bank Spring meetings (Washington, USA, 19-21 April 2013)**

= *Information by the Presidency and Commission*

- **Climate finance**
 - = *Council conclusions*

- **Any other business**
 - (poss.) Current legislative proposals:
 - = *Information from the Presidency*

(*) Item on which a vote may be requested

p.m.

Monday 13 May 2013

14.30-16.00 Informal dialogue of representatives of the Council (ECOFIN) and of the
European Parliament
17.00 Eurogroup

Tuesday 14 May 2013

8.30 Annual EIB Governors meeting
9.30 Breakfast
10.00 Council (ECOFIN) meeting
13.00 (poss.) Lunch

PROVISIONAL AGENDA**ECONOMIC AND FINANCIAL AFFAIRS COUNCIL****1.1****LUXEMBOURG - 21 JUNE 2013**

- **Adoption of the agenda**

Legislative deliberations**(Public deliberation in accordance with Article 16(8) of the Treaty on European Union)**

- **Approval of the list of A items**
- **FISCALIS 2020 First Reading**
Interinstitutional file: 2011/0341b (COD)
= *Adoption*
- **Energy Taxation Directive (*)**
Interinstitutional file 2011/0092 (CNS)
= *Political agreement*

Non-legislative activities

- **Approval of the list of A items**
- **Single Supervisory Mechanism**
= *State of play on implementation*
- **Code of Conduct (Business Taxation)**
= *Draft Council conclusions*
= *Report to the Council*
= *Approval*
- **ECOFIN Report to the European Council on Tax issues**
= *Approval*
- **Report by Finance Ministers on Tax issues in the framework of the Euro Plus Pact**
= *Approval*

NB: Above Reports may become A items

- **Contribution to the European Council meeting on 27 - 28 June 2013**
European Semester 2013
 - (a) **Draft Council Recommendations on the National Reform Programmes 2013 to each Member State and draft Council Opinions on the updated Stability or Convergence Programmes**
= *Approval*
 - (b) **Draft Council Recommendation on the implementation of the broad guidelines for the economic policies of the Member States whose currency is the euro**
= *Approval*
- **(poss.) Excessive imbalance procedure (EIP) initiation**
= *Council decision*
- **(poss.) Calendar of Convergence towards Medium Term Objectives**
= *Presentation by the Commission*

Any other business

- **(poss.) Current legislative proposals**
= *Information from the Presidency*

p.m.

Thursday 20 June 2013

17.00 Eurogroup

Friday 21 June 2013

9.00 Breakfast
10.00 Council (ECOFIN) meeting
13.00 (poss.) Lunch
